

Aus:

SEBASTIAN DULLIEN, HANSJÖRG HERR,

CHRISTIAN KELLERMANN

Der gute Kapitalismus

... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste
(mit einem Vorwort von Gesine Schwan)

Oktober 2009, 248 Seiten, kart., 19,80 €, ISBN 978-3-8376-1346-9

Kann Kapitalismus gut sein? Ja – wenn er an die Leine genommen wird! Die globale Krise hat gezeigt, dass der Kasinokapitalismus vor allem einer kleinen superreichen Elite nutzt. Das hat jedoch nichts mit einem »guten Kapitalismus« zu tun.

Wie kann man dem Kapitalismus seine Dynamik entlocken und gute Arbeit und Wohlstand für alle erreichen? Wie kann man die Risiken von Finanzmärkten auf ein Minimum reduzieren, ohne dabei die einzigartige Dynamik dieser Märkte außer Kraft zu setzen?

Antworten darauf und auf die Frage nach dem richtigen Grad an Regulierung des Marktes durch Staat und Gesellschaft bietet dieses Buch. Es beschreibt den Weg hin zu einem Wirtschaftsmodell, das allen Menschen zugutekommt.

Sebastian Dullien (Prof. Dr.) ist Professor für International Economics an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin und Autor zahlreicher journalistischer Veröffentlichungen zu Wirtschaftsthemen und Wirtschaftspolitik.

Hansjörg Herr (Prof. Dr.) ist Professor für Volkswirtschaftslehre für Supranationale Integration an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Christian Kellermann (Dr. phil.) ist Leiter des Büros für die Nordischen Länder der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm.

Weitere Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/ts1346/ts1346.php

Inhalt

Vorwort von Gesine Schwan | 7

1. **Ein neues Wirtschaftsmodell für Deutschland** | 13
2. **Das gescheiterte Globalisierungsmodell** | 21
 - 2.1 Aufstieg des Neoliberalismus | 21
 - 2.2 Entfesselung der Finanzmärkte | 37
 - 2.3 Globales Renditerennen – globale Ungleichgewichte | 64
 - 2.4 Arbeit im Sog der Märkte | 85
3. **Der Weg aus der Krise – Operation am offenen Herz** | 115
 - 3.1 Die Doppelstrategie: Banken retten und Konjunktur stabilisieren | 115
 - 3.2 Eine Bad Bank – aber richtig | 118
 - 3.3 Stabile Löhne als Rettungsanker | 121
 - 3.4 Die deutsche Wirtschaftspolitik in der Krise bisher | 123
4. **Nach der Krise – was sich ändern müsste** | 127
 - 4.1 Grundzüge eines neuen Wirtschaftsmodells | 128
 - 4.2 Globale Finanzen brauchen globales Management | 139
 - 4.3 Stellschrauben für Investitionen und Wachstum | 176
 - 4.4 Guter Kapitalismus braucht gute Arbeit | 201
 - 4.5 Auf einen Blick: Was zu tun ist | 217
5. **Der gute Kapitalismus ist möglich!** | 227

Literatur | 233

Zu den Autoren | 243

Vorwort

GESINE SCHWAN

Der Titel dieses Buches mag auf den ersten Blick naiv anmuten. Er erinnert an Wortverbindungen, auf die man eher skeptisch oder abschätzig reagiert: der gute Mensch, der gute Hirte. Damit verbindet man oft eine unrealistische Wunschwelt.

Trotzdem ist es ein weise gewählter Titel. Denn die Autoren wollen – gegen diese Erwartung – gerade eine realistische, politisch praktikable Alternative zum Kapitalismus der letzten dreißig Jahre vorstellen, den sie, wie sich dies in den letzten Monaten durchgesetzt hat, als »neoliberales« Modell bezeichnen. Korrekterweise müsste man es wohl »neo-neoliberal« nennen. Denn im Unterschied zum »Neoliberalismus« Euckens, Rüstows, Müller-Armacks und selbst Ludwig Erhards, die im vorigen Jahrhundert als »Ordo-liberale« durchaus für einen staatlich geregelten Markt eintraten, war das Credo der letzten dreißig Jahre gerade die »Deregulierung«, der Glaube daran, dass möglichst unregelte Märkte am besten für Fortschritt, Produktivität, Innovation und ein langfristiges Gleichgewicht im Wohlstand sorgen können und am besten gleich noch die Politik überflüssig machen.

Die Krise der letzten Monate sowie ähnliche, aber weniger eingreifende Krisen in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben uns nun gelehrt, dass stattdessen Instabilität, Finanzblasen, Stagnation, die wiederholte Zerstörung von Wohlstand und vor allem dessen zunehmend ungleiche Verteilung aus den unregulierten Märkten hervorgingen, dass Nachhaltigkeit, schonender Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und Überwindung von weltweiter Armut aus systemischen Gründen unterminiert wurden.

Die Reaktion darauf fiel und fällt unterschiedlich aus: Während die einen sich auf die moralische Verurteilung von Finanzmanagern konzentrieren (und damit de facto alles »Systemische« beim Alten lassen), glauben andere, das »System« des Kapitalismus habe sich für immer diskreditiert – ohne freilich eine ordnungspolitische Alternative zu zeigen. Das Wort »System«

verweist hier dann auf eine kapitalistische Dynamik, die politisch nicht gestaltbar sei, weshalb es keinen »guten Kapitalismus« geben könne.

Die Autoren dieses Buches vertreten eine andere Position: Sie zeichnen – wohlthuend analytisch und unter Verzicht auf oberflächliches Moralisieren – die politischen Entscheidungen nach, die zum »Neoliberalismus« der letzten dreißig Jahre geführt haben. Sie tun das ohne Schaum vorm Mund, verweisen auch auf Fehler »linker« Gewerkschaftspolitik mit überhöhten Lohnforderungen in den siebziger Jahren. Und überhaupt auf die schwierigen Herausforderungen einer immer weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit, schmaler werdender Kassen der Sozialversicherungen und demografischer Veränderungen, die die Politik vor schwierige Entscheidungen stellten. Wenn die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte aber durch die darauf antwortenden politischen Entscheidungen zustande gekommen sind, dann kann man sie, so die Autoren, mit einer anderen Politik auch umsteuern. Wie – das zeigt dieses Buch exemplarisch auf einer ganzen Reihe von Feldern.

Aus sozialwissenschaftlicher, politiktheoretischer und philosophischer Sicht erscheint mir in dem vorliegenden Entwurf eines »guten Kapitalismus« eine Botschaft besonders wichtig: Die Analyse der Autoren zeigt deutlich den auch kausalen Zusammenhang zwischen dem neuen Schub der ökonomischen Globalisierung seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, der quasi unbefragten Vorherrschaft der »neoliberalen« Angebots- und Deregulierungstheorie in der Wirtschaftswissenschaft, nach der die wichtigsten Entscheidungsträger in der Wirtschaft (und auch in der Politik!) ausgebildet worden sind, den Interessen der Kapitaleigner und Finanzmanager und schließlich der allgemeinen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der politischen Parteien, einschließlich der europäischen Sozialdemokratien: »Waren in den 1950er- und 1960er-Jahren auch konservative Regierungen sozialdemokratisch eingestellt, so wurde ab den 1980er-Jahren die Masse der sozialdemokratischen Regierungen neoliberal.« (S. 37 in diesem Band)

Die Tatsache, dass seit den siebziger Jahren keynesianische Politik der Arbeitslosigkeit nicht mehr Herr wurde und die Sozialkassen zunehmend zu überfordern drohte, kann nicht der einzige Grund dafür gewesen sein. Es fehlte auch, z.B. in der Wissenschaft, der Sinn für die Notwendigkeit, unterschiedliche Ansätze bei der Erklärung von Phänomenen zu Rate zu ziehen, anstatt einer einzigen theoretischen Perspektive wie die Lemminge hinterherzulaufen.

Eine besonders wichtige Folge des marktradikalen Ansatzes war, dass die Wirtschaft als Ganze vorherrschend aus der Sicht der Einzelunternehmen – mit ihren durchaus legitimen, aber eben nicht zureichenden Perspektiven und Partikularinteressen – betrachtet und damit die gesamtwirtschaftliche Sicht vernachlässigt wurde. Methodisch wurde damit implizit das Ganze als die Summe der Teile betrachtet: Wenn die einzelnen Banken ein überzeugendes Risikokonzzept hatten und stabil zu sein versprochen, genügte das.

Systemische Faktoren z.B., die eine Krise auslösen oder verstärken können, traten damit nicht mehr in den Blick.

In den Hochschulen hatte das Interesse der Studierenden an der Betriebswirtschaft dasjenige an der Nationalökonomie, die immerhin, erweitert zur Weltwirtschaft, an übergeordnete Interessen erinnern konnte, weit überflügelt. Zugleich förderte diese methodische Sichtweise geistig eine Quasi-Legitimierung der Priorität von Partikularinteressen, obwohl, theoretisch, nur eine naive Interpretation Adam Smith in dem Sinne deuten kann, dass die Interaktion von Partikularinteressen in einem unregulierten Markt über die »unsichtbare Hand« automatisch auch das Gemeinwohl befördern würde. Adam Smith war schließlich ursprünglich Moralphilosoph und hat, was oft vergessen wird, komplementär zu seinem Hauptwerk über den Wohlstand der Nationen eine »Theory of Moral Sentiments« geschrieben, in der die Menschen über das moralische Gefühl zur (notwendigen) Gemeinwohlorientierung finden, die das Handeln leiten soll.

Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Wirtschaft mit ihren Interessenvertretern, der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspolitik in den letzten dreißig Jahren zeigt, dass die gegenwärtige Krise zu oberflächlich betrachtet wird, wenn man sie nur als aktuelle Finanzkrise beschreibt. Sie ist zugleich eine kulturelle Krise, die sich lange angebahnt hat und auf Einstellungen verweist bzw. aus ihnen resultiert, welche die verschiedensten Bereiche unserer Gesellschaft umfassen, so neben der Wirtschaft z.B. auch die Wissenschaft. Diese Zusammenhänge gilt es zu betrachten, wenn wir die aktuelle Krise verstehen und aus ihr Lehren ziehen wollen.

Dabei fällt auf, dass mächtige Interessen eben eine solche tiefere Betrachtung und das Ziehen von Lehren gern vermeiden und nicht zuletzt deshalb die Krise so schnell wie möglich in der öffentlichen Wahrnehmung beenden wollen. Das ist gefährlich, weil die Gründe ihres Entstehens ebenso wie ihre Folgen nicht einfach auf der Hand liegen und politisch vernebelt werden können, mit fatalen Folgen für die Ärmere, für das Gerechtigkeitsgefühl eines großen Teils unserer Gesellschaft und für die Legitimität und Vitalität unserer Demokratien. Sie lassen sich eben nicht in einem Drei-Minuten-Statement aufdecken und verlangen einiges Nachdenken, auch einige theoretische Übung, die bei allem öffentlichen Lob für die Bildung vielen doch zu unbequem ist und die sie als zu »akademisch« abwehren.

Entscheidend ist der Blick auf die Ablösung von Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität als Maßstäben unseres Zusammenlebens durch die Idee eines omnipotenten Marktes, der angeblich solche – natürlich immer auch strittigen – Maßstäbe überflüssig macht und überhaupt die inhaltliche Diskussion von Leistungen und Zielen unseres Handelns ersetzen kann. Der Wettbewerb wurde so zum allgegenwärtigen und allmächtigen Vehikel, um Leistung hervorzubringen und sie zugleich zu messen. Alle gesellschaftlichen Teilbereiche, Gesundheit, Kultur, Bildung und Wissenschaft, Politik, wurden nach dem Modell des ökonomischen Marktes und

Wettbewerbs strukturiert, die dort verhandelten Güter zu »Produkten« und Waren umbenannt (die Universitäten müssen ihren Ministerien nun »Produkt- und Leistungsbeschreibungen« vorlegen, wenn sie ihre Zukunftsperspektiven präsentieren). Patienten, Zuhörer, Schüler und Studenten, auch Wähler wurden zu »Kunden«. Die Privatisierung aller bis dahin öffentlichen Güter wurde zur Effizienzsteigerung angepriesen und auch praktiziert, ohne zu bedenken, welche Veränderungen das für die Gestalt des jeweiligen Bereichs, den Geist, in dem dieser lebt und funktioniert, und die zwischenmenschlichen Beziehungen nach sich zog.

Aus Aristoteles' Idee des Menschen als Wesen der Rationalität und der Politik wurden auf ihr Eigeninteresse zentrierte Privatisiers, denen die Verantwortung für das Ganze als Politische Verpflichtung abhanden kam, und deren Gedanken nur noch darum kreisten, sich gegen die anderen als Mitbewerber zu behaupten.

Im Weltmaßstab entstand eine »bürgerliche Gesellschaft« von Bourgeois, nicht von Citoyens. Hegel hat das ehemals das »System der Bedürfnisse« genannt, die durch einen starken, keineswegs angelsächsisch pluralistischen, sondern autoritären Staat zusammengehalten werden mussten. Dafür schwebte ihm als Ideal der zeitgenössische preußische Staat vor. Der große Liberale Ralf Dahrendorf wurde in seinen letzten Lebensjahren nicht müde, dagegen eine neue Verbindung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und kapitalistischer Wirtschaft anzumahnen, in der die Freiheit des Citoyen wieder aktiv werden muss.

Die kulturellen Folgen der Philosophie der uneingeschränkten Deregulierung, die nur oberflächlich an die individuelle Freiheit und Verantwortung appelliert, gehen an die Wurzel unseres Gemeinwesens und der Idee der Demokratie: In Wirklichkeit unterminieren sie Verantwortung und Gemeinwohlbindung, ohne die eine Demokratie auf Dauer zugrunde geht – nicht unbedingt laut, aber durch die stetige, unmerkliche Erosion ihrer normativen und politisch-kulturellen Grundlagen, auf die ihre Lebendigkeit angewiesen ist.

Die aktuelle Krise bietet die Chance, über diese jahrelange Fehlentwicklung neu nachzudenken und sie zu korrigieren. Das ist dringend notwendig, angesichts dessen, dass die wichtigsten Banken, kaum dass sie durch Steuergelder gerettet wurden, schon wieder exorbitante Vergütungen von Managern mit den Erfordernissen des globalen Marktes rechtfertigen und damit das Postulat der Gerechtigkeit, ebenso wie eine Begründung aus reflektierter Leistungsgerechtigkeit, als Legitimation abweisen. Auch niedrige Löhne stehen bei denen, die erneut nur die einzelunternehmerische Perspektive vertreten, schon wieder auf der Tagesordnung – und dies, obwohl im vorangegangenen Aufschwung zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland die Lohnquote und die Reallöhne gefallen sind! Viele wollen weitermachen wie bisher. Wer glaubt die Macht zu haben, will oft nicht lernen.

Es ist das Verdienst der Autoren, eine Analyse der vergangenen Entwick-

lung und Vorschläge für eine gemeinwohlverträgliche graduell-reformistische politische Gestaltung des Kapitalismus vorzustellen, die die unbedingt erforderliche neue Diskussion über öffentliche Güter unterstreicht, die keinen Zweifel an den Vorzügen der Marktwirtschaft gegenüber jeder planwirtschaftlichen Alternative lässt, die analytisch argumentiert und nicht nur moralisch postuliert und die die qualitativ neue Herausforderung einer – schwierigen! – internationalen politischen Regelung der kapitalistischen Märkte herausstellt. Ich wünsche dem Buch eine große Aufmerksamkeit und fruchtbare anschließende Diskussion mit politischen Konsequenzen!